**Verordnung
zum Sozialhilfegesetz
(Änderung vom 16. Juli 2008)**

Der Regierungsrat beschliesst¹:

I. Die Verordnung zum Sozialhilfegesetz vom 21. Oktober 1981 wird wie folgt geändert:

Titel:

**Verordnung
zum Sozialhilfegesetz (SHV)**

§ 16. Abs. 1–3 unverändert.

⁴ Führt eine hilfeschuchende Person den Haushalt für nicht mit wirtschaftlicher Hilfe unterstützte Personen, wird ihr eine angemessene Entschädigung für die Haushaltsführung als Einkommen angerechnet. Bei der Bemessung der Entschädigung ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der nicht unterstützten Personen zu berücksichtigen. Bei nicht unterstützten unmündigen Kindern wird nur deren Erwerbseinkommen berücksichtigt.

Eigene Mittel
des Hilfe-
suchenden

§ 17. ¹ Die wirtschaftliche Hilfe trägt den persönlichen und örtlichen Verhältnissen Rechnung und gewährleistet das soziale Existenzminimum des Hilfeschuchenden. Sie bemisst sich nach den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS-Richtlinien²) in der Fassung der 4. überarbeiteten Ausgabe April 2005 mit den Ergänzungen 12/05 und 12/07. Vorbehalten bleiben begründete Abweichungen im Einzelfall.

Soziales
Existenz-
minimum

Abs. 2 und 3 unverändert.

II. Diese Änderung tritt am 1. September 2008 in Kraft.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:
Notter

Der Staatsschreiber:
Husi

¹ Begründung siehe [ABI 2008, 1339](#).

² Bezugsquelle: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, Monbijoustrasse 22, Postfach, 3000 Bern 14. Einsicht in die Richtlinien unter www.skos.ch.